



**„Rede zur Demokratie“
von Bundespräsident Joachim Gauck
beim Festakt „25 Jahre Friedliche Revolution“
am 9. Oktober 2014
in Leipzig**

Guten Morgen Leipzig!

Ohne Euch, ohne Sie, ohne uns, wäre ich heute nicht hier und meine Gäste auch nicht. Das ist eigentlich der Inhalt dieser Feierstunde.

Seien Sie alle herzlich willkommen hier in Leipzig, dieser Stadt, in der vor 25 Jahren – am 9. Oktober 1989 – die Weichen gestellt wurden für das Ende der SED-Diktatur.

Zehntausende strömten damals zusammen nach dem Friedensgebet, um für Freiheit und Demokratie zu demonstrieren. Sie wussten zwar, dass die Staatsmacht die Proteste in den Tagen zuvor brutal niedergeschlagen hatte. Sie waren sich auch nicht ganz sicher, ob es eine gewaltsame, eine „chinesische Lösung“ geben würde. Ja, sie waren vertraut mit der Arroganz der Macht, ein Schießbefehl wäre keineswegs unvorstellbar gewesen. Und sie sahen auch die gewaltige Drohkulisse, die das Regime auch an diesem Tag auffahren und aufmarschieren ließ.

Aber sie kamen trotzdem: Zehntausende überwandern ihre Angst vor den Unterdrückern, weil ihre Sehnsucht nach Freiheit größer war als ihre Furcht.

An diesem Montag wurde keiner mehr gedemütigt, keiner geprügelt und verhaftet, wie es noch zwei Tage zuvor in Berlin der Fall gewesen war. Niemand stellte sich dem Aufstand der Bürger mehr in den Weg. Die überwältigten Unterdrücker streckten ihre Waffen vor den überwältigenden Massen. Und die Bilder vom friedlichen Zug über den Leipziger Innenstadtring, sie wurden zum Fanal, das jeden Tag mehr Menschen an immer mehr Orten in der DDR ermutigte, ihren Protest in die Öffentlichkeit zu tragen.

Dieser Montag in Leipzig, er zeigt uns: Aus dem Aufbruch der wenigen Mutigen war eine Bewegung der Massen geworden, die unaufhaltsam zu einer Friedlichen Revolution heranwuchs.

Meine Gäste und viele Teilnehmer der heutigen Kundgebung kommen aus ganz verschiedenen Ländern. Sie sprechen unterschiedliche Sprachen. Und sie haben ganz unterschiedliche Bilder im Kopf, wenn sie sich an 1989 erinnern. Präsident Komorowski, wir haben gemeinsam an die ersten halbfreien Wahlen in Polen gedacht, als zum ersten Mal in einem mittelosteuropäischen Land das Monopol der kommunistischen Herrschaft durchbrochen wurde. Und viele Ungarn, Präsident Áder, denken an das Staatsbegräbnis von Imre Nagy, dem Nationalhelden des Aufstands von 1956, der damals wegen angeblichen Landesverrates hingerichtet worden war. Und in Ungarn wurde seine Rehabilitierung im Juni 1989 zum Symbol der „stillen Revolution“. Tschechen und Slowaken haben Václav Havel und Alexander Dubček vor Augen, wie sie sich nach dem Rücktritt des Politbüros voller Erleichterung in die Arme fielen.

Ja – unsere Wege in die Demokratie, sie waren verschieden. Auch die Namen, die wir der Bewegung gaben. Als singende, samtene, als stille oder Friedliche Revolution prägten sie sich in das Gedächtnis unserer Völker ein. Dennoch gab und gibt es ein starkes Band, das uns bis heute zusammenhält. Es ist die jahrzehntelange Erfahrung von Unrecht und Unterdrückung, die jahrzehntelange Erfahrung von der unbegrenzten und scheinbar unendlichen Macht der Wenigen und der scheinbar endlosen Ohnmacht der Vielen. Und es ist die Erfahrung der Sehnsucht nach Freiheit und die Genugtuung, sie errungen zu haben.

Ob hier in Leipzig, in Warschau, in Budapest, in Prag oder Bratislava: In diesem Jahr feiern wir gemeinsam politische Umbrüche, die in die Freiheitsgeschichte des europäischen Kontinents eingegangen sind. Nun schon ein Vierteljahrhundert lang wissen die Bürger Mittelosteuropas dem Westen zu berichten, welche Kraft die Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie, nach Menschen- und Bürgerrechten entfalten konnte.

Seien Sie also alle von Herzen willkommen: liebe Staatspräsidenten Bronisław Komorowski, Miloš Zeman, Andrej Kiska und János Áder!

Die Bewegung in Leipzig hatte ein klares Ziel vor Augen: „Demokratie, jetzt oder nie!“. Menschen, die ihr Leben lang unter Diktatoren gelebt hatten, die ihnen Individualität und Selbstbestimmung verwehrten, Menschen, deren Grundrechte beschnitten und deren Denken und Handeln überwacht worden war, Menschen auch, die sich oft ohne große Überzeugung angepasst,

ohnmächtig gefühlt oder in Nischen eingerichtet hatten – fast alle überwand innerhalb weniger Wochen, ja Tage, ihre Angst, ihre Bedenken, ihre Zurückhaltung. Ob in Dresden, Halle, Berlin und auch im Osten und Norden des Landes – aus dem Aufbruch sollte der radikale Umbruch werden.

Was in kleinen oppositionellen Gruppen und Zirkeln begann, wurde zu einer breiten Demokratiebewegung, die auch den letzten Winkel des Landes erfasste. Am 7. Oktober, als die Machthaber noch den 40. Geburtstag der DDR mit Michail Gorbatschow als Gast in Berlin feierten, da riefen manche von unseren Bürgern noch „Gorbi, hilf!“. Veränderung, so ihre bisherige Erfahrung, konnte ja nur von oben ausgehen. Wenig später aber riefen oft dieselben Menschen schon: „Wir sind das Volk!“.

Und mit diesem Ruf knüpften die Ostdeutschen an eine lange Geschichte demokratischer Revolutionen an. Sie stellten sich – ob bewusst oder unbewusst – in eine Reihe mit den Aufbegehrenden, die genau 200 Jahre zuvor in Frankreich „liberté, égalité, fraternité“ durchsetzten und in den Vereinigten Staaten mit dem Satz „We the people“ zum Souverän wurden. Sie stehen auch in einer Linie mit der deutschen Freiheitsbewegung von 1848 und dem demokratischen Aufbegehren von 1918. Heute erinnern wir uns voll Dankbarkeit daran, dass in der Geschichte unseres Landes, die im 20. Jahrhundert von so viel Unrecht, Verbrechen und Versagen geprägt ist, auch Widerstand und Freiheitswillen und Zivilcourage existierten. Wir können gemeinsam stolz darauf sein, im Osten und im Westen.

Überall erlebten wir damals, 1989, wie Mut, Phantasie und Kraft eine demokratische Öffentlichkeit schufen. Wir denken in dieser Stunde an Bärbel Bohley und Jutta Seidel, die im September 1989 mutig bei den Behörden das „Neue Forum“ als politische Plattform anmeldeten und damit den Machtanspruch der SED in Frage stellten. Und wie das „Neue Forum“ suchten die Bewegung „Demokratie jetzt“, die Initiative „Frieden und Menschenrechte“, auch eine neue Linke die Öffentlichkeit. Ja, sogar eine Parteigründung wurde auf die Agenda gesetzt: Eine alte Partei erschien unter neuem Namen – die SDP.

Wir denken aber auch einmal an Einzelpersonen, die nicht bundesweit bekannt sind: an Günther Sattler, den jungen Mann aus Arnstadt im Thüringer Wald, der im selben Monat auf einer geliehenen Schreibmaschine ein anonymes kleines Flugblatt verfasste, sich auf ein Fahrrad setzte und „alle Bürger“ zu einer „friedlichen Kundgebung gegen die willkürliche Politik der SED“ aufforderte – und tatsächlich löste dieser eine so den Aufbruch in Arnstadt aus.

Wir denken an Plauen im Vogtland: Am 7. Oktober kamen dort 20.000 Menschen zusammen. Normalerweise demonstrierte man am Republikfeiertag für das Regime. Aber mehr als ein Viertel der Bevölkerung demonstrierte dort für das Ende des Regimes. Wären Reporter aus dem Westen mit ihren Kameras dabei gewesen, hätte das große Aufbegehren von Plauen gewiss noch mehr Wirkung erzeugt. Deshalb sind wir Siegbert Schefke und Aram Radomski so dankbar. Ihre Aufnahmen von der gewaltigen Demonstration hier in Leipzig zwei Tage später kamen nämlich über das Westfernsehen zu uns zurück in die DDR – eine großartige Ermutigung für alle Aufbegehrenden.

Die Keime des Aufbruchs vom Herbst 1989, sie wurden lange vorher gelegt. Repressalien der Machthaber, Verweigerung von Grundrechten, die Militarisierung der Gesellschaft, der Verfall der Städte und die Zerstörung der Umwelt, all das forderte Widerspruch heraus. In kleinen und größeren Gruppen fanden sich Menschen zusammen, um gemeinsam für Veränderungen einzutreten. Wir müssen uns heute klar machen, wie riskant ihr Engagement damals war. Die DDR war ein Unrechtsstaat, es gab keine unabhängige Gerichtsbarkeit, schon gar nicht ein Verfassungsgericht. Es existierte einfach nicht. Dafür existierte Willkür, die das Land beherrschte. Wehrdienstverweigerer mussten mit Gefängnisstrafen rechnen, jungen Leuten wurden Bildungswege verbaut und Zukunftschancen verstellt. Wer von der herrschenden Linie abwich, musste mit Berufsverbot rechnen. Und oft war schon einfach das offene Wort riskant, wie wir heute aus den Stasi-Akten wissen.

In diesem Klima der Angst und der Ohnmacht passten sich viele an, gaben dem Druck nach und richteten sich in Nischen ein. Aber andere widerstanden. Stellvertretend für die vielen Bürgerrechtler und Oppositionellen, die sich in kirchlichen und intellektuellen Kreisen, in Basis- und Umweltgruppen engagiert hatten, möchte ich hier nennen:

Die Pfarrer Christoph Wonneberger und Christian Führer aus Leipzig. Unvergessen überhaupt die enorm wichtige Rolle der Kirchen und der Christen – in dieser Zeit besonders! Und wir erinnern an den Pfarrer Rainer Eppelmann aus Berlin, der zahllosen Wehrpflichtigen Hoffnung gab. Oder wir denken an Martin Böttger, der Kontakt zu polnischen und tschechischen Oppositionellen hielt. Oder an Ulrike Poppe, die schon sehr früh die Gruppe „Frauen für den Frieden“ ins Leben rief. An die Diakonin Marianne Birthler, die gemeinsam mit Gerd Poppe und vielen anderen in der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ wirkte. Wir denken heute auch an den Molekularbiologen Jens Reich, der seine wissenschaftliche Karriere aufs Spiel setzte, als er sich öffentlich zum „Neuen Forum“ bekannte.

Ich könnte so viele nennen. Die Genannten stehen für viele.

Dann denken wir an die, die aus dem Land getrieben wurden. Sie unterstützten uns Oppositionelle vielfach von dort. An dieser Stelle möchte ich Wolf Biermann nennen, der uns mit seinen Liedern und Gedichten begleitete. Und wir denken an all die, die aus dem Land geflohen und vertrieben waren, die uns mit Texten, mit Gedichten, mit Liedern vom Westen aus Mut machten: Reiner Kunze und Erich Loest, deren Namen für viele andere stehen. Auch an Jürgen Fuchs und Roland Jahn will ich erinnern, beide aus Jena, beide zwangsweise aus der DDR geworfen, die uns mit Druckmaschinen und verbotener Literatur versorgten. Gemeinsam mit anderen Ausgebürgerten und mit den westlichen Korrespondenten der Medien hatten sie großen Anteil daran, dass die Kenntnis vom Ungehorsam in der DDR trotz Zensur nach Westdeutschland drang und über die Medien dann in die DDR zurückkehrte.

Und jetzt noch etwas Besonderes: Jetzt möchte ich an die Flüchtlinge und die Ausreisewilligen erinnern, deren Freiheitswillen viele damals nicht zu würdigen vermochten – ich auch nicht. Ihre Sehnsucht nach Selbstbestimmung und nach Freiheit war größer als die Angst vor dem Verlust der Heimat, von Freunden und Verwandten. Doch wir Bleibenden fühlten uns damals einfach von ihnen im Stich gelassen. Ihrem „Wir wollen raus!“ hielten wir trotzig unser „Wir bleiben hier!“ entgegen. Erst später haben wir begriffen, welche große politische Bedeutung auch sie für die Delegitimierung der DDR besaßen.

Wir aber, die wir blieben, wir wurden das Volk, eine kraftvolle Bewegung von unten, ohne die im Herbst 1989 der Weg in Demokratie und Freiheit nicht gelungen wäre. Wir wurden jenes Volk, das nicht länger Verfügungsmasse der Herrschenden sein wollte und jetzt sogar wagte, die Stasi-Dienststellen, die Zwingburgen des SED-Regimes, zu besetzen. Wir vollbrachten etwas, was undenkbar schien: Wir zwangen das Regime zum Abdanken. Eine wahrhafte Revolution, die die Herrschenden entmachtete, aber auf wahrhaft friedliche Weise – ganz ohne Racheakte, ganz ohne Selbstjustiz.

Kerzen wurden damals zum Symbol des gewaltfreien Übergangs. Bei unseren Nachbarn im Osten war der „Runde Tisch“ der Ort für Dialog und Kompromiss, der Ort für eine ausgehandelte, friedliche Revolution. Auch wir in der DDR brauchten für den Übergang das friedensstiftende Instrument des „Runden Tisches“. Und erstmals erlebten wir Vertreter der Herrschenden, die nicht nur diktierten, sondern sich zum Dialog bereit fanden.

Hier im Saal, hier unter uns und mit uns sind heute viele, die damals mit dabei waren. Und wir alle wissen es: Es war erhebend, als wir, die wir uns ein ganzes Leben lang nach Freiheit gesehnt hatten, zum ersten Mal demonstrierten – in der eigenen Stadt, mit den so lange so ängstlichen Landsleuten. Vom aufrechten Gang war damals überall die Rede. Wir gewannen Selbstachtung und Würde zurück. Es war der Übergang vom Untertan zum Citoyen. Und selbst heute – schon lange in Freiheit lebend – können wir uns genau an diese Momente erinnern, als mit uns die Freiheit so jung und unvertraut auf unsere Straßen und Plätze trat. Befreiung, so empfinde ich es heute, ist noch beglückender als Freiheit. Ich sehe es vor mir wie heute, es war magisch, und es war ganz irdisch zugleich – unendlich viele Träume hatten sich erfüllt. Und für unendlich viele von uns, da war es einfach nur – Glück.

Freilich, wir wissen heute auch: Die Geschichte konnte diesen Ausgang nur finden, weil die Sowjetunion auf Anwendung der Breschnew-Doktrin verzichtet hatte. Damals wussten wir dies noch nicht. Aber wir hofften es und erlebten es dann: Moskau schickte keine Truppen mehr, als seine Satellitenstaaten selbstbestimmte Wege gingen. Michail Gorbatschow sei Dank! Und wir, die wir unseren Gestaltungsraum immer mehr erweiterten, riefen bald nach „Wir sind das Volk!“ auch ein anderes Wort. Es kehrte ein verloren geglaubtes Wissen zurück. Wir fassten es in dem Satz: „Wir sind ein Volk!“.

Vordergründig betrachteten wir damit ein nationales Ziel an. Aber genauer betrachtet wurden im Herbst 1989 alle Staaten Mittelosteuropas nicht nur unabhängig und demokratisch. Sie wurden Teil eines gemeinsamen Europas. Europa fand wieder zusammen, wie auch Deutschland wieder zusammenfand. Was nach 1945 mit der Befreiung vom Nationalsozialismus begann, erhielt 1989 neue Impulse, neue Dimensionen und neuen Schwung. Die Friedlichen Revolutionen und die Wiedervereinigung waren der erste Schritt zum Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten zur Europäischen Union. Und für mich ist das so etwas wie eine zweite Gründung der Europäischen Union!

Die epochale Zäsur, die im Frühjahr 1989 mit der Beseitigung von Minen und Zäunen an der ungarischen Grenze begann, fand im Fall der Berliner Mauer am 9. November ihr wichtigstes Symbol. Mit gutem Grund feiern die Berliner, wir Deutschen und die Gäste in Berlin aus aller Welt dieses Ereignis. Ich aber habe bewusst die Präsidenten der befreundeten Länder hierher nach Leipzig eingeladen. Hier und heute sagen wir es noch einmal ganz deutlich: kein 9. November ohne den 9. Oktober. Vor der Einheit kam die Freiheit.

Allen, die den Herbst 1989 erlebt haben, wird es bis ans Lebensende unvergesslich bleiben. Und selbst Nachgeborene bleiben nicht unberührt, wenn sie die Bilder von Tausenden, Zehntausenden, ja, Hunderttausenden sehen, die sich von keinem Polizeiaufgebot daran hindern ließen, ihren Protest auf die Straße zu tragen. Wenn sie Filmaufnahmen von der deutschen Botschaft in Prag anschauen, wo Tausende unter schwierigsten Bedingungen ausharrten und ihre Zukunft nur noch in der Flucht aus der Heimat sahen. Und keiner bleibt unberührt, wenn er sieht, wie sich Menschen lachend und weinend in den Armen lagen, als dort, wo die Welt zu Ende schien, die Schlagbäume dann plötzlich hochgingen.

Wir wollen diese Erinnerung nicht zuletzt deshalb aufbewahren, um uns immer wieder zu vergewissern, was wir errungen haben – errungen, wonach sich Menschen in vielen Ländern der Welt noch immer sehnen, wie es zum Beispiel vor einiger Zeit die Protestbewegung auf dem Kiewer Maidan gezeigt hat.

Wohl wahr: Es hat in den vergangenen 25 Jahren bei vielen Ostdeutschen Zeiten gegeben, in denen Enttäuschung über veränderte Lebenswege oder unterbrochene Karrieren oder die Mängel der Demokratie Freude über die neue Freiheit verdrängten. Es war auch schwer für viele, sich in einem Land zurechtzufinden, in dem Verantwortung des Einzelnen gefragt war. Wir mussten lernen, unser Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Es war schwer, sich beruflich neu zu orientieren oder sogar arbeitslos zu sein, nicht gebraucht zu werden. Und viele, auch in anderen postsozialistischen Gesellschaften, erschrakten über die Heftigkeit, mit der die Auseinandersetzung um die kommunistische Vergangenheit geführt wurde.

Ost- und Westdeutsche beschäftigten sich zudem oft mit ganz unterschiedlichen Fragen. Es gab Ostdeutsche, die haderten mit dem Elitenwechsel, wenn er denn stattfand. Es gab andere Ostdeutsche, die haderten damit, dass dieser Wechsel nicht umfassend genug vollzogen wurde. Und nicht für alle Westdeutschen war es auch selbstverständlich, auch finanziell solidarisch mit den neuen Bundesländern zu sein.

Umso mehr freut es mich, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen die Wiedervereinigung heute positiv bewertet. Vor allem die junge Generation in Ostdeutschland weiß ihre Grundrechte, weiß persönliche Freiheit, Lebensstandard und schulische wie akademische Entwicklungsmöglichkeiten zu schätzen.

Das sind gute Nachrichten. Die deutsch-deutschen Spannungen sind erkennbar zurückgegangen, deutsch-deutsche Unterschiede haben deutlich abgenommen. Und mögen sich bestimmte

Mentalitätsunterschiede auch bis heute noch halten, so gleichen sich die Lebensumstände und auch die Wertvorstellungen in Ost und West zunehmend an. Wir haben also nicht nur Geschichte geschrieben in der Ausnahmesituation von 1989, wir haben, in dem Vierteljahrhundert danach, auch Politik gestaltet, und zwar erfolgreich. Die Einheit gelingt.

Wenn wir uns das heute in Leipzig bewusst machen, wollen wir aber auch unsere Zukunft in den Blick nehmen. Dabei sollte eines völlig klar sein: Wir würden den alten Ruf „Wir sind das Volk!“ nur halb verstehen, vielleicht sogar entwerten, wären wir der Meinung, er hätte nur Gültigkeit für die Zeit der Friedlichen Revolution. „Wir sind das Volk!“ fasst vielmehr das Grundprinzip des demokratischen Gemeinwesens zusammen. Denn wer da ruft: „Wir sind das Volk!“, der sagt doch zugleich: „Ich bin ein Bürger!“ – und der ist bereit, Verantwortung zu übernehmen, völlig unabhängig davon, ob er Abgeordneter ist, Minister, gewählter Gremienvertreter, Bürgermeister oder einfach Bürger und Wähler. Wir wissen heute: Es ist weder leicht noch geschieht es von selbst, was Katrin Hattenhauer und Gesine Oltmanns 1989 als Losung in die Öffentlichkeit trugen: ein „freies Land mit freien Menschen“ zu sein.

Auch die Demokratie kennt Ohnmacht, oft ist es selbstverschuldete Ohnmacht, wenn der Einzelne nicht mitredet, nicht mitgestaltet, nicht zur Wahl geht, sich nicht für zuständig erklärt, obwohl über ihn und seine – unsere – Gesellschaft befunden wird. Ich weiß, dass es nicht jedem gelingt, sich etwa in einer Partei zu engagieren. Aber unsere Gesellschaft bietet doch unzählige Möglichkeiten, sich einzubringen: in Verbänden und Vereinen, in Kirchen und Gewerkschaften, in der Nachbarschaftshilfe, in Nichtregierungsorganisationen und nicht zuletzt im engagierten Milieu der Netzgemeinde. Wir dürfen niemals vergessen, dass unsere Demokratie nicht nur bedroht ist von Extremisten und von Fanatikern und Ideologen, sondern dass sie ausgehöhlt werden und ausdörren kann, wenn die Bürger im Land sie nicht mit Leben erfüllen.

So machen wir uns klar: Von uns allen hängt es ab, ob und wie gut unsere Demokratie funktioniert. Von uns allen hängt es ab, ob und wie gut wir diese Demokratie auch verteidigen. Und wenn wir über Europas Grenzen hinausblicken auf ein aktuelles Beispiel: Die jungen Demonstranten in Hongkong, die haben das sehr gut verstanden. Wir haben viel zu tun miteinander.

Fritz Stern, der amerikanisch-jüdische Historiker aus Breslau, hat vor kurzem den Verdacht geäußert, das „Ideal einer liberalen Ordnung mit allen Errungenschaften der Aufklärung“ begeistere nicht mehr so viele Menschen wie früher. Wir haben uns daher auch in diesem Land

ernsthaft zu fragen, ob wir für diese, unsere freiheitliche Demokratie überzeugend genug werben – das tun wir ja nicht, weil sie vollkommen wäre, sondern einfach weil sie die beste aller bisherigen Ordnungen ist. Wir haben uns zu fragen, ob wir genügend tun, um den Wert eines Systems zu erläutern, das auf dem Recht beruht. Und das nicht das „Entweder-Oder“ kennt oder den Sieg des Stärkeren, sondern das oft so schwierige „Sowohl-als auch“, das also unterschiedlichen Interessen Rechnung trägt. Und so haben wir uns zu fragen, ob wir genügend Anstrengungen unternehmen, um wirklich alle Demokraten zusammenzuführen, gleichgültig welcher Religion, welcher Ethnie oder politischen Orientierung sie angehören. Nur so finden Intoleranz, nationalistische Hybris, Hass und Gewalt keinen Nährboden. Nur so wird jeder in unserem Land selbstbestimmt und ohne Angst leben können.

Gerade in Zeiten, in denen mancherorts alte Ordnungen in Frage stehen und für viele alte Gewissheiten verloren gehen, sollten wir uns an unsere Erfahrungen von 1989 erinnern: Wer nur abseits steht und sich heraushält, wird zum beherrschten Objekt. Wer mit Selbstermächtigung hingegen seine Angst vertreibt, gewinnt Handlungsmöglichkeiten, und er gewinnt Zukunft. Das gilt für die Entwicklung im Innern genauso wie im Äußeren.

1989/90 glaubten wir, mit dem Ende des Kalten Krieges stehe Europa vor einem Jahrhundert des Friedens. Viele sahen sogar das Ende der Geschichte gekommen, weil die Demokratie die Diktatur besiegt hatte. Stattdessen sind wir heute konfrontiert mit gescheiterten Staaten, mit Terrorismus, Fundamentalismus, Gewalt, Anarchie und Bürgerkrieg. Und am Rande Europas werden Normen des Völkerrechts missachtet und militärische Mittel eingesetzt, wo friedliche Koexistenz möglich wäre.

Wir haben miteinander neu darüber nachzudenken, und wir haben zu bestimmen, welche Mitverantwortung Deutschland zu tragen bereit ist – gemeinsam mit seinen Freunden und Partnern. Einfach ist es nicht, ist es nie, das Prinzip Verantwortung nicht nur im eigenen engeren Lebensbereich zu praktizieren, sondern auch in der erweiterten gesellschaftlichen, in der europäischen oder gar globalen Dimension. Aber war es je einfach, der Freiheit und dem Recht zum Sieg zu verhelfen?

Aber: Dass es möglich ist, das ist doch unser gemeinsames Leipziger Wissen.

Es lautet: Wir wollen nicht gelebt und regiert werden, wir wollen unser Leben selbst gestalten und regieren.

Wir können das, wenn wir an uns und unsere Werte glauben.

ANSCHRIFT	Bundespräsidialamt 11010 Berlin
TEL / FAX	030 2000-2021/-1926
E-MAIL	presse@bpra.bund.de
INTERNET	www.bundespräsident.de

Wir können das, wenn wir einander in der Tradition von Leipzig versprechen: Wir werden bleiben und werden, was wir 1989 waren.